

## Nötige Wende

Zu: „Mehr Schnellradwege für Hessen“, FR-Regional vom 28.11.

Das Fahrrad gewinnt als Verkehrsmittel in Hessen an Bedeutung und braucht für eine Verkehrswende gute Bedingungen. Hessen ist auf einem Weg in die richtige Richtung, denn es passiert mehr als vor Jahren. Aber Hessen ist noch längst nicht auf einem guten Weg. Es liegt mit seinem Anteil an Radwegen an Landes- und Bundesstraßen bundesweit ziemlich weit hinten und wird mit den beschlossenen Investitionsmitteln nicht aufholen, denn andere, ärmere Bundesländer geben deutlich mehr aus. Es gibt in Hessen einen riesigen Investitionsstau allerorten.

Ein Beispiel von sehr vielen allein aus Nordhessen ist der fehlende Lückenschluss zwischen Gudensberg-Dorla und Fritzlar-Werkel an der L 3150, der Teil der regionalen Radroute R 21 und künftiger Teil des Hessischen Hauptwegenetzes sein soll: Seit etwa 15 Jahren liegen die Anträge der beiden Städte bei Hessen Mobil aussichtslos auf den hinteren Rängen. Allein im Schwalm-Eder-Kreis fehlen mehr als 80 Kilometer Radwege an Landes- und Bundesstraßen.

Die FDP und der ADFC haben Recht: Das Land muss die Initiativen selbst ergreifen und die Finanzierung eines Hauptwegenetzes übernehmen. Das gilt auch im ländlichen Raum, wo das ÖPNV-Angebot dünn ist.

Ullrich Horstmann, Gudensberg

## Wie in einem Kriegsgebiet

Erwiderung auf „Extrem potthässig“, Leserforum vom 9. Dezember

Dass die aufgestellten Betonklötze rings um den Frankfurter Weihnachtsmarkt der Sicherheit dienen sollen, stößt größtenteils auf Verständnis. Doch sie stehen auch für Angst. Deshalb die berechnete Frage: Könnte man nicht ein bisschen kreativer mit den wuchtigen Steinen umgehen – gerade zur Weihnachtszeit, zumal die Betonsperren den ersten Anblick des Weihnachtsmarktes für viele Menschen bilden?

Diejenigen, die sie aufgestellt haben, können vielleicht die Initiative ergreifen und – nur als Beispiel – Grundschulen einladen, einen Malwettbewerb zu gestalten oder die Steine durch Gestaltungselemente Botschafter des Weihnachtsfriedens werden lassen. Auch in anderen Großstädten findet man gute Möglichkeiten, solche Betonklötze kreativ zu gestalten und sinnvoll ins Geschehen zu integrieren.

Selbst in Zeiten des Terrorismus kann man aus einem tristen Umfeld Schönes machen und aus dem Angstmachenden ein friedvolles Miteinander schaffen. Anfangen könnte man am nördlichen Mainufer, wo die bedrohlich wirkenden Betonklötze an den Zufahrten einem Grenzübergang im Kriegsgebiet ähneln. Jeffrey Myers, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Und wir finden das alles normal?

AWO-Affäre: „Wiesbadener AWO-Chef tritt ab“ und „AWO-Chef tritt zurück“, FR-Region vom 10. und 13. Dezember

### Was soll da noch kommen?

Ich kann nur hoffen, dass es im Römer noch andere Themen zu behandeln gibt, habe allerdings langsam, wenn ich die wiederkehrenden Berichte von Herrn Göpfert und Herrn Leppert lese, meine Zweifel. Es gibt sicher einen Auftrag zur Aufklärung, aber ob die ständigen Anfragen von Herrn Pürsün der richtige Weg sind, stelle ich infrage. Warum lässt man nicht die zuständige Staatsanwaltschaft in Ruhe ihre Arbeit machen? 2021 sind Kommunalwahlen, und vielleicht ist es dann der Opposition im Frankfurter Römer gelungen, die Person Peter Feldmann so zu beschädigen, dass eine Wiederwahl zumindest schwieriger wird. Da wird die Frau des Oberbürgermeisters wegen eines Ford Focus angeprangert, den sie zu Unrecht gefahren haben soll, sicher wird sie jeden Meter, den sie zurückgelegt hat, belegen können!

Helmut Kohl wurde mit dem Geheimnis seiner schwarzen Kassen für die CDU immerhin 16 Jahre lang zum Kanzler gewählt und hat es mit ins Grab genommen. Ein Kavaliersdelikt? Andreas Scheuer von der CSU setzt gerade Millionen auch meines Steuergeldes durch dubiose Verträge mit Betreiberfirmen in den Sand, ein Kavaliersdelikt? Vielleicht ist ein Blick ins Neue Testament hilfreich: ...der werfe den ersten Stein.

Irene Kolbe, Frankfurt

### Diese Missstände müssen Konsequenzen haben

Aus dem, was bislang zu den Missständen bei der AWO Frankfurt und -Wiesbaden bekannt wurde, lassen sich mit Stand

heute folgende Konsequenzen ziehen. Erstens müssen sich beide Institutionen unverzüglich strukturell und personell professionalisieren. Beide Stützpunkte sind im Prinzip mittelständische Unternehmen, die sich nicht mit den organisatorischen Strukturen eines Kaninchenzüchtervereins führen lassen. Diese schmerzliche Erkenntnis haben die Fußballvereine der Bundesliga längst hinter sich.

Zweitens muss es ein ebenso professionalisiertes, unabhängiges, knallhartes und vor allem transparentes Controlling geben. Personelle Überschneidungen oder gar Identitäten, die dazu führen, dass sich Personen oder Bereiche gegenseitig oder gar selbst kontrollieren, sind unverzüglich zu unterbinden. Schluss deshalb auch mit der Erbhofmentalität. Zudem ist von der Illusion Abschied zu nehmen, dass es unter Genossen nicht zu Missständen und Fehlhandlungen kommen könne, weil man sich doch seit Jahren gut kenne. Genau darin liegt ja eine der Wurzeln des Übels. Vertrauen ist gut, qualifizierte Kontrolle aber allemal besser.

Drittens bedarf es eines radikalen personellen Neuanfangs. Niemand kann von Fröschen verlangen, dass sie den Sumpf trockenlegen, in dem sie leben. Zum Selbstreinigungsprozess der Awo in Frankfurt und Wiesbaden gehört am Ende allerdings auch die Frage, wie sich über Jahre eine derart realitätsfremde, völlig vom AWO-Alltag abgehobene Selbstbedienungsmentalität in die Führungsebenen hineinfressen konnte und wieso die beiden Betriebsräte diesem Treiben anscheinend tatenlos oder gar billigend (?) zugesehen haben. Hans Schinke, Offenbach

### Selektive Bekämpfung von Korruption

Selbstverständlich sollten die AWO-Vorstände zurücktreten, dicke Dienstwagen, üppige Gehälter und Luxusübernachtungen gehen gar nicht. Was ich aber nicht verstehe: dass der Grünen-Politiker Stefan Majer als Frankfurter Stadtverordneter an den Verträgen zum quasi Verschenken des Gateway-Gardens-Gelände an Fraport, OFB und zwei weiteren Investoren mitgewirkt hat, später von OFB eingestellt wurde, um anschließend als Verkehrsdezernent zügig die 300 Millionen Euro teure S-Bahnbindung in die Wege zu leiten. Und wir finden das alles normal?

Petra Roth hat sich als Frankfurter CDU-Oberbürgermeisterin an dem Losverfahren zu der von ihr geförderten und mitbeschlossenen „Neuen Altstadt“ beteiligt und hatte dabei das mehr als ungeheure Glück, eine der dortigen subventionierten Eigentumswohnungen zu gewinnen. Sollte, um der politischen Hygiene zu genügen, die Ex-OB diese Wohnung nicht versteigern und den Erlös einem guten Zweck zukommen lassen?

Wo war die mediale Empörung, als die „Panama Papers“ enthüllten, dass der mehrheitlich in öffentlicher Hand befindliche Flughafenbetreiber Fraport Konten in „Steuerparadiesen“ nicht nur in Panama, sondern auch im hochkorrupten Malta unterhält? Wären da nicht schonungslose Offenlegung und Konsequenzen für den Vorstand zu fordern? Ich bin sehr für die Bekämpfung von Korruption und Günstlingswirtschaft, nur selektiv sollte sie nicht sein. Friedhilde Scholl, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/feldmann-2/](http://frblog.de/feldmann-2/)

## Politische Akteure mit Neigung zur Eigenwilligkeit

Frankfurt: „Der neue Stadtteil ist vom Tisch“ und „Schwierige Regionalplanung“, FR-Regional vom 9. und 10. Dezember

### Wie soll Vertrauen in die Stadt Frankfurt entstehen?

Das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren für einen neuen Stadtteil in Frankfurt wäre folgendermaßen verlaufen: Der Magistrat der Stadt Frankfurt hätte der für die Regionalplanung zuständigen Behörde (Regierungspräsident) eine Änderung im Regionalplan beantragen müssen, und die Regionalversammlung hätte dann entschieden. Danach wäre der Regionale Flächennutzungsplan dementsprechend geändert worden, und daraus hätten die nötigen Bebauungspläne entwickelt werden können. Dieses ist im Bundesraumordnungsgesetz, in den Landesplanungsgesetzen der Länder und im Baugesetzbuch (BauGB) so geregelt (§1 Abs. 4 BauGB, § 2 Abs 3, des weiteren in § 3 BauGB Abs. 1).

Bei den Unterrichtungen der Frankfurter Öffentlichkeit durch die Szenarien zur Stadtentwicklung des Stadtrats Cunitz (Grüne) war dies zum Teil der Fall. Diese Planungen landeten aber alle in der Tonne.

Und was tat Mike Josef? Er informierte die Öffentlichkeit, die Behörden, die Träger öffentlicher Belange und die Umlandgemeinden über seine Planung durch die Presse. Seine Pflicht wäre es gewesen, die Planung des Stadtteils in einem ordnungsgemäßen Verfahren anzumelden, vorzustellen und dann die Entscheidung der Regionalversammlung abzuwarten. Und erst danach Verträge über kostspielige Untersuchungen und ein Consilium abzuschließen. Aber auch auf der Bundesebene wird, so wie der Magistrat der Stadt Frankfurt es tat, vom Bundesverkehrsminister verfahren, ohne das anstehende Urteil des EuGH abzuwarten, kostenpflichtige Verträge abzuschließen.

Wozu denn alle diese Gesetze zum Verfahren, wenn nach feudaler Manier, per ordre de Mufti, gehandelt wird? Und soll so Vertrauen zur Stadt Frankfurt in der Region entstehen? So sind wir auf dem Weg der „Refeudalisierung der Gesellschaft“ (Habermas bereits im Jahre 1961).

Konrad Mohrmann, Frankfurt

### Wann wird der Speckgürtel endlich eingemeindet?

Die Entscheidung des Regionalverbandes zeigt wieder mal, wie sehr unsere Region durch die Seilschaften der politisch Agierenden geprägt wird. Frankfurt wird Entwicklungsfläche entzogen, in Frankfurt steigen die Mieten, und die kleinen Leute müssen aufs Land ziehen, lange Wege zur Arbeitsstelle in Kauf nehmen. Die Gemeinden schaffen weiterhin Gewerbeflächen und sorgen nicht dafür, dass gleichzeitig Wohnungen gebaut werden. Die Stadt Eschborn weist mittlerweile mehr als 40 000 Arbeitsplätze auf, aber nur 20 000 Wohneinheiten.

Frankfurt darf keine Entwicklungsfläche Nordwest ausweisen. Die Gemeinde Steinbach weist aber gerade eine Gewerbefläche genau in diesem Gebiet aus. Direkt am Steinbach, ohne ökologische Untersuchung, ohne auf die Frisch- und Kaltluftschneisen für Frankfurt Rücksicht zu nehmen. Wo sind die Menschenketten in Frankfurt, die das verhindern? Der „gute Weterauer Lehm Boden“ darf nicht verbaut werden. Im gesamten Bereich des Wetterauer Lehm Bodens werden weiterhin Gewerbeflächen ausgewiesen, z.B. Rewe-Zentrale Rosbach. Wo ist hier die Regionalversammlung, um den Verbrauch an bestem Ackerboden für die regionale Versorgung zu unterbinden? Sollte das daran liegen, dass man hier selbst einen Nutzen, einem Mehrwert hat?

Wenn man in andere Großregionen in Deutschland sieht, kann man feststellen, dass sämtliche Großstädte eine wesentlich größere Ausdehnung haben als Frankfurt. In den 30er Jahren wurden Berlin, Hamburg und München mit einem großen Einzugsgebiet versehen. Frankfurt nicht, schon damals haben einflussreiche Funktionäre verhindert, dass ihre Gemeinden im Großraum Frankfurt aufgehen.

Wann wird endlich die Eingemeindung des Speckgürtels durchgezogen? Wann werden die Gemeinden für den Nutzen, den sie von Frankfurt haben, auch bei der Beteiligung der Lasten herangezogen? Stefan Ziegler, Frankfurt